

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 17 vom 3. März 2017

Der städtische Petitionsausschuss hat am 3. März 2017 die nachstehend aufgeführten sieben Eingaben abschließend beraten. **Der Ausschuss bittet, die Stadtbürgerschaft möge über die Petitionen wie empfohlen beschließen und die Vorlage dringlich behandeln.**

Insa Peters-Rehwinkel
(Vorsitzende)

Der Ausschuss bittet, folgende Eingaben für erledigt zu erklären, weil die Stadtbürgerschaft keine Möglichkeit sieht, den Eingaben zu entsprechen:

Eingabe Nr.: S 19/31

Gegenstand: Installation von Straßenlaternen

Begründung: Der Petent beschwert sich über den Austausch von Straßenlaternen in der Mommsenstraße. Die neuen Lampen seien vom Gesamtbild unpassend und ungeeignet, die Straße auszu-leuchten. Die Petition wird von 42 Mitzeichnerinnen und Mitzeichnern unterstützt.

Der Ausschuss hat zu dem Vorbringen des Petenten eine Stellungnahme des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr eingeholt. Unter Berücksichtigung dessen stellt sich das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung wie folgt dar:

Die alten Laternen in der Mommsenstraße stammen größtenteils aus dem Jahr 1969. Die Masten sind nicht mehr standsicher. Für die Leuchten gibt es keine Ersatzteile mehr. Die neuen Leuchten entsprechen den in Bremen üblichen Standardleuchten für Wohnstraßen und sind bereits häufig verbaut worden. Beschwerden darüber sind bisher kaum bekannt geworden. Der Ausschuss kann nachvollziehen, dass der Abbau der Lampen bedauert werde. Gleichwohl muss in Bremen eine Vielzahl von Lampen funktionsfähig gehalten werden. Dabei spielt auch die Effizienz eine große Rolle. Insofern sieht der Ausschuss keine Möglichkeit, dem Anliegen des Petenten zu entsprechen.

Eingabe Nr.: S 19/34

Gegenstand: Unterbringung von Flüchtlingen

Begründung: Der Petent kritisiert die Unterbringung von Flüchtlingen in Turnhallen. Dadurch entfielen Sportmöglichkeiten und für die Flüchtlinge würden, bedingt durch die Unterbringung von vielen Menschen auf engem Raum, gesundheitliche Gefahren und Konflikte entstehen. Der Petent schlägt vor, Flüchtlinge stattdessen in leer stehenden Gebäuden im Hafengebiet oder

auf alten Firmengrundstücken unterzubringen. Zudem fordert er eine getrennte Unterbringung der Flüchtlinge verschiedener Glaubensrichtungen und Meinungsgruppen.

Der Ausschuss hat zu dem Vorbringen des Petenten eine Stellungnahme der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport eingeholt. Unter Berücksichtigung dessen stellt sich das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung wie folgt dar:

Die Unterbringung von Flüchtlingen in Turnhallen stellte eine vorübergehende Notunterbringung dar. In der Zwischenzeit stehen sämtliche Turnhallen wieder für den Sport zur Verfügung. Die Trennung von Flüchtlingen nach Glaubensrichtungen und Nationalitäten etc. verhindert die Integration der Betroffenen und ist deshalb abzulehnen. Eine Nutzung von leer stehenden Gewerbeimmobilien erscheint nicht sinnvoll, weil die Gebäude nicht im Eigentum der Stadt Bremen stehen und nach der Nutzung als Flüchtlingsunterkunft hohe Rückbaukosten anfallen würden. Dem Anliegen des Petenten kann daher nicht entsprochen werden.

Eingabe Nr.: S 19/49

Gegenstand: Beschwerde über die Preiserhöhung der Bremer Straßenbahn AG (BSAG)

Begründung: Der Petent beschwert sich über die Preiserhöhung der BSAG. Die aufgrund der niedrigen Spritkosten eingesparten Mittel könnten nach seiner Meinung für die Wartung der Straßenbahnen eingesetzt werden. Zudem käme einer Senkung der Fahrpreise in Betracht. Die Petition wird von 55 Mitzeichnerinnen und Mitzeichnern unterstützt.

Der Ausschuss hat zu dem Vorbringen des Petenten eine Stellungnahme des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr eingeholt. Unter Berücksichtigung dessen stellt sich das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung wie folgt dar:

Die Treibstoffkosten der BSAG setzen sich im Wesentlichen aus den Kosten für Strom für die Straßenbahnen und für Dieselkraftstoffe für den Busverkehr zusammen. Während die Kosten für Dieselkraftstoff im letzten Jahr um ca. 10 % im Vergleich zum Vorjahreswert gefallen sind, steigen die Strompreise kontinuierlich. Ein weiterer Kostenpunkt sind die tarifvertraglich festgelegten Lohnkosten, die ebenfalls steigen. Auch die Reparaturkosten für ältere Niederflurbahnen sind sehr stark gestiegen, weil die Fahrzeuge teilweise doppelt so viele Kilometer im Einsatz sind, wie ursprünglich geplant war. Vor diesem Hintergrund ist eine Preiserhöhung unumgänglich.

Eingabe Nr.: S 19/55

Gegenstand: Abgabe einer Verpflichtungserklärung für syrische Verwandte

Begründung: Die Petentin ist Syrerin und begehrt die Einreise ihrer im Irak lebenden Schwester, deren Ehegatte und volljähriger Kinder. Sie beschwert sich über die Bearbeitungspraxis ihres Antrags zur Aufnahme ihrer syrischen Familienangehörigen. Zudem fühlt sie sich von der Ausländerbehörde ungerecht behandelt und beklagt willkürliches Verhalten.

Der städtische Petitionsausschuss hat zu dem Vorbringen der Petentin eine Stellungnahme des Senators für Inneres eingeholt. Unter Berücksichtigung dessen stellt sich das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung wie folgt dar:

Der Erlass e14-10-02 des Senators für Inneres regelt, unter welchen Voraussetzungen die Einreise syrischer Familienangehöriger von in Deutschland lebenden syrischen und deutschen Staatsangehörigen erfolgen kann. Begünstigt sind Ehegatten, Verwandte ersten und zweiten Grades sowie deren Ehegatten und minderjährige Kinder. Die Petentin hat die Möglichkeit, eine Verpflichtungserklärung für ihre Schwester und ihren Schwager abzugeben, sodass diese einreisen können. Die volljährigen Kinder der Schwester werden hingegen nicht von dem Erlass erfasst. Für sie könnte ein Familiennachzug daher nur dann in Betracht kommen, wenn es zur Vermeidung einer außergewöhnlichen Härte erforderlich ist. Ein solcher Härtefall ist im vorliegenden Fall nicht ersichtlich, sodass der Ausschuss dem Anliegen der Petentin nicht entsprechen kann.

Der Ausschuss bittet, folgende Eingaben für erledigt zu erklären:

Eingabe Nr.: S 19/23

Gegenstand: Umsetzung des Bäderkonzeptes

Begründung: Der Petent fordert, dass Bäderkonzept wie geplant umzusetzen. Er spricht sich dafür aus, das Unibad bis zur Fertigstellung des Alternativbaus zu erhalten und zu sanieren, um den Schwimmvereinen ausreichende Trainingsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen. Die Petition wird von 731 Mitzeichnerinnen und Mitzeichnern unterstützt.

Der Ausschuss hat zu dem Vorbringen des Petenten eine Stellungnahme der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauenintegration und Sport eingeholt. Unter Berücksichtigung dessen stellt sich das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung wie folgt dar:

Das Unibad ist in der Zwischenzeit wieder eröffnet und steht den Vereinen und anderen Schwimmgästen zur Verfügung. Das Anliegen des Petenten hat sich insofern erledigt.

Eingabe Nr.: S 19/32

Gegenstand: Schaffung von Flüchtlingsunterkünften für Frauen und Kinder

Begründung: Der Petent fordert die Einrichtung von getrennten Flüchtlingsunterkünften für Frauen, Mütter und Kinder, um diese vor Gewalt und sexuellen Übergriffen zu schützen.

Der Ausschuss hat zu dem Vorbringen des Petenten eine Stellungnahme der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport eingeholt. Unter Berücksichtigung dessen stellt sich das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung wie folgt dar:

In Bremen werden Familien vorrangig in Gemeinschaftsunterkünfte oder Wohnungen umverteilt, sodass die Verweildauer in Notunterkünften möglichst kurz gehalten wird. Schwangere Frauen sollen grundsätzlich nicht in Zelten und Turnhallen untergebracht werden. Derzeit besteht eine gesonderte Einrichtung, in der alle frei werdenden Plätze konsequent mit

Frauen und Kindern belegt werden. Daneben plant die Stadtgemeinde Bremen eine weitere Einrichtung für Frauen und alleinerziehende Mütter, für die auch eine speziell auf diese Zielgruppe zugeschnittene Betreuung angedacht ist. Die besonderen Bedürfnisse von Kindern werden in den Gemeinschaftsunterkünften berücksichtigt, indem beispielsweise Spielzimmer zur Verfügung gestellt werden. In den Einrichtungen wird durch ehrenamtliche Mitarbeiter eine Kinderbetreuung angeboten. Der Ausschuss begrüßt die Maßnahmen der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport und bittet darum, bei Bedarf weitere Angebote zu schaffen.

Eingabe Nr.: S 19/35
Gegenstand: Mitteilung der Grabstelle eines Jugendlichen
Begründung: Der Petent hat die Petition zurückgezogen.